

Internationales Symposium  
der Internationalen Akademie Schloß Baruth  
in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

**„EU- und NATO-Osterweiterung:  
Politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Konsequenzen  
für Deutschland, Polen und Tschechien“**

Villa Kampffmeyer, Glienicker Horn, Potsdam  
vom 16. – 18. April 1998

VIII. Zusammenfassung der Tagungsergebnisse

**Klaus-Heinrich Standke**

Direktor a.D. bei den Vereinten Nationen und bei der UNESCO  
Präsident

Internationale Akademie Schloß Baruth

***Einführung***

In der Einführung in die Symposiumsproblematik habe ich betont, daß im Mittelpunkt der Überlegungen trotz vieler Gemeinsamkeiten der zu behandelnden Themen mit allen E-15 Ländern und allen beitriftswilligen MOE-Ländern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen der EU- und NATO-Osterweiterung von drei ausgewählten Ländern stünden, nämlich von Deutschland, Polen und Tschechien. Entscheidend für diese Auswahl war der Umstand, daß Polen und Tschechien als einzige der beitriftswilligen MOE-Ländern eine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben und überdies durch vielfältige historische oft leidvolle Erfahrungen und Grenzverschiebungen mannigfacher Art im Lauf der Jahrhunderte auf ganz besondere Weise miteinander verbunden sind. Im Arbeitsprogramm sowohl der Bundeszentrale für politische Bildung wie auch im Arbeitsprogramm der Internationalen Akademie Schloß Baruth wird die Ost-West-Integration weiterhin breiten Raum einnehmen. Bereits Mitte Mai werden beide Einrichtungen zusammen mit dem Komitee zur Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages e.V. wiederum die besondere Verbundenheit von drei Ländern in den Mittelpunkt eines Internationalen Symposiums stellen, nämlich die Zusammenarbeit von Frankreich, Deutschland und Polen innerhalb des sog. ‚Weimarer Dreiecks‘. Die Internationale Akademie Schloß Baruth beginnt im Mai 1998 eine Reihe von Ost-West-Begegnungsveranstaltungen insbesondere zu den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Aspekten der ‚Agenda 2000‘ und den sich hieraus ergebenden Zusammenarbeitsmöglichkeiten beim notwendigen Aufbau einer modernen Infrastruktur in den beteiligten Ländern.

Des weiteren wurde in der Einführung betont, daß die ‚unsichtbare Agenda‘ sozusagen als Leitmotiv in jedem der zu behandelnden acht Tagesordnungsbausteine oder –module die im Tagesordnungspunkt VI gesondert herausgestellten ‚Sensiblen Themen bei der NATO- und EU-Erweiterung‘ seien und die von diesem schicksalhaften Prozeß ausgelösten Hoffnungen und Ängste bei den direkt und auch bei den indirekt Beteiligten.

## I. Die politische Dimension

Die an der Behandlung dieses Themas beteiligten Diplomaten aus Deutschland, Polen und Tschechien stellten zu Anfang die Sinnfrage der ihnen vorgegebenen Themenstellung, denn schließlich „*Alles ist Politik*“. Dies ist neben der omnipräsenten ‚Sensibilität‘ der zweite ‚rote Faden‘, der sich durch alle Tagungsordnungspunkte zieht.

Während *Dr. Christoph Freiherr von Marschall* als Gesprächsleiter die Eingangsfrage stellte: „Wer verändert sich im Prozeß der EU- und NATO-Osterweiterung?“ und die Antwort gab: „Beide Partner müssen sich anpassen“, meinte der tschechische Gesandte, *Dr. Boris Lazar*, zwar habe es Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 es auf keiner Seite Verlierer gegeben, sondern nur Sieger, dennoch müsse er feststellen, daß es bei der deutschen Wiedervereinigung keine Synthese von Westdeutschland und Ostdeutschland gegeben habe, sondern in Ostdeutschland seien die westlichen Werte übernommen worden. Die EU mache nun das gleiche mit den MOE-Ländern. Eine Übernahme anderer Werte sei aber keine einfache Sache.

Für ihn ist der starke Druck den die ‚Agenda 2000‘ zur Erreichung der Aufnahmekriterien in die EU ausübe insgesamt ‚sehr positiv‘. Bei der Erreichung dieser Kriterien sei die Hilfe der westlichen Partner, insbesondere Deutschlands, sehr wichtig.

Der polnische Gesandte, *Dr. Jerzy Marganski*, sieht für sein Land bei der Aufnahme in die NATO keine Interessenunterschiede bei den Verhandlungspartnern. Durch die vorgesehene Aufnahme Polens in die EU und in die NATO wird die Jaltateilung Europas endgültig aufgehoben. Dennoch ist festzustellen, daß die ursprüngliche überschwengliche Euphorie in Polen gegenüber der EU einer kritischeren Haltung Platz macht. Waren es zunächst 90% der Bevölkerung, die den polnischen EU-Beitritt unterstützten, so sind es inzwischen nur noch 64%. Sie ist damit insgesamt immer noch überwiegend pro-europäisch und es gibt keinen Zweifel an dem ungeteilten Wunsch nach einer vollen EU-Mitgliedschaft, die Polen ‚einen Teil Europas zurückgibt‘ und in der die Nordflanke künftig eine größere Rolle spielen wird.

Die weitere Öffnung der EU bedeutet für alle Mitglieder zwangsläufig eine größere Teilnahme an den Problemen der Nachbarländer, mehr Handel aber auch mehr politische Kontakte. Sowohl die EU aber auch die NATO müßten nach der Erweiterung ihre Rollen neu definieren. Die neuen Mitglieder würden schließlich nicht nur die Mitgliederzahl erhöhen, sondern sie würden auch eine neue Qualität einbringen.

Die Reform der Agrarpolitik der EU wird nicht leichter als die Reform der polnischen Agrarpolitik.

Eine ‚E-25‘ sei zweifelsohne schwieriger als die gegenwärtige ‚E-15‘. Die neuen Mitglieder müßten daher möglichst schnell und möglichst reibungslos in die EU-Strukturen integriert werden. Intergouvernementale Mechanismen könnten dabei helfen. Als Beispiel nannte der polnische Gesandte das ‚Weimarer Dreieck‘, welches als Diskussionsforum konzipiert worden sei, welches aber auch konkrete Projekte konzipieren könne.

*Dr. Albrecht Conze (Auswärtiges Amt)* trat Spekulationen entgegen, neben dem ‚Weimarer Dreieck‘ könne es beliebig viel andere ‚Dreiecke‘ geben: „Das ‚Weimarer Dreieck‘ ist etwas ganz Besonderes“. Außenpolitik sei entweder bilateral oder multilateral, bei allen anderen Konstellationen stehe der politische Nutzen oft nicht im Verhältnis zum betriebenen Aufwand.

Er stellte fest, daß die EU-Osterweiterung sich allein schon deswegen grundsätzlich von der NATO-Osterweiterung unterscheide, weil bei dieser die USA ein entscheidendes Mitspracherecht besitzen. Für die beitrittswilligen MOE-Länder zur NATO gelte das ‚Hamlet-Prinzip‘ aus der Schlußakte von Helsinki: „*The right to be – or not to be – in an alliance.*“

Was die künftige NATO-Erweiterung über die drei Kandidaten Polen, Tschechien und Ungarn anbelangt, so sei der Weg dieser ersten drei nicht unbedingt derselbe für die anderen.

Was die Frage nach einer Führungsrolle Deutschlands in diesem Prozeß anbelange, so sei aus den bekannten Gründen ‚derzeit nicht viel geistige Kapazität festzustellen, die über Deutschland

hinausgehe'. Die EU-Osterweiterung werde zweifelsohne eine stärkere politische Änderung auch der politischen Position Deutschlands mit sich bringen als dies noch gegenwärtig in der Öffentlichkeit perzipiert werde.

In der anschließenden animierten Diskussion bezeichnete der Leiter der politischen Abteilung der Russischen Botschaft in Berlin,...die NATO-Osterweiterung als großen Fehler, der die russischen Reformkräfte zunehmend ins Abseits treibe. Die NATO-Osterweiterung werde sich als schwersten Fehler für die Demütigung eines Landes nach den Versailler Verträgen erweisen.

Auf die Frage von *Godehard Uhlemann*, Ressortleiter Außenpolitik der Rheinischen Post, ob die Osterweiterung der EU nicht die bereits erhebliche Europaverdrossenheit in der Bevölkerung noch vergrößere, antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß in der Tat das Programm der ‚Agenda 2000‘ eine Herkulesarbeit sei, aber um etwas erreichen zu können, müßte man auch die Kraft besitzen, unpopulär sein zu können. Das Reformprogramm der EU berge viel Zündstoff. Vor allem gelte es daher, den in Deutschland jahrzehntelang gültigen Konsens zwischen Regierung und Regierten nicht zu gefährden.

## **II. Die sicherheitspolitische Dimension**

Die Einführung in die Thematik und die Gesprächsleitung hat Herr *Prof. Dr. Wolfgang Harms* übernommen. Er stellte die Eingangsfrage, warum sich Rußland durch die NATO-Osterweiterung, die ein eindeutiges Verteidigungsbündnis sei, bedroht sähe.

*General a.D. von Scheven* sieht den Begriff der ‚NATO-Osterweiterung‘ als mißverständlich, weil bei den drei betroffenen Ländern es schließlich nicht um Osteuropa handele, sondern um Mitteleuropa. Während die alte Bundesrepublik atlantisch orientiert war, richtet das neue Deutschland seinen Blick von der Mitte Europas aus, ohne die transatlantische Dimension zu vernachlässigen.

Das Modell „Europa“ (E-25) müsse seine Optionen ausloten: Folgt es im Verhältnis zu den USA dem britischen Modell oder im Verhältnis zu Rußland dem französischen Modell? Sehen sich Europa und die USA primär als Handelspartner oder als Rivalen? Reicht die G-7 als Koordinierungsmechanismus aus?

NATO und EU seien zwei Bausteine einer europäischen Friedensstruktur. Das NATO-Programm ‚Partner für den Frieden‘ insbesondere mit Rußland sei ein wichtiger Bestandteil dieser gesamteuropäischen Friedensstruktur. Die NATO-Erweiterung dürfe unter keinen Umständen als Provokation für Rußland empfunden werden.

In seinem Gastbeitrag führte *General v. Kirchbach* aus, daß die NATO von heute längst nicht mehr die NATO des Kalten Krieges sei. Das Bündnis stelle sich in wachsendem Maße neuen Aufgaben wie z.B. dem friedensstiftenden Einsatz in Bosnien. Die Zielsetzung der NATO sei die Bereitschaft zur Verteidigung des Bündnisgebiets aufrecht zu erhalten.

Die mit großer Mehrheit fraktionsübergreifend erfolgte Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Osterweiterung der NATO gebe diesem Prozeß eine wichtige demokratische Legitimation. Eine ähnliche Zustimmung erwarte er vom U.S. Kongreß.

Für Deutschland liege es im ureigensten Interesse, daß es von nun an nicht nur von Bündnispartnern im Westen, sondern auch im Osten umgeben sei. Im Kern schaffe die Öffnung der NATO für die drei MEO-Länder eine neue Stabilität, weil es einen Raum bilde, in dem es keinen Krieg mehr gäbe.

Der neue NATO-Rußland-Rat wurde geschaffen, der funktionsfähig arbeitet und der die Ukraine einschließt. Nach *General v. Kirchbach* wird und darf es keine Absprachen in der NATO zu Lasten Rußlands geben.

## **III. Die wirtschaftliche Dimension**

*Professor Manfred Busche* wies eingangs – ebenso wie *Winfried Häusle* (*Bundesministerium für Wirtschaft*) - darauf hin, daß die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den MOE-Ländern im Jahre 1997 mit einer Steigerung von rund 25% gegenüber dem Vorjahre neue Rekordhöhen erreichten und inzwischen etwa 10% am gesamten deutschen Außenhandelsvolumen ausmachen. Damit fiel die Steigerung doppelt so hoch aus wie die des gesamten deutschen Außenhandels. Bei Exporten in die MOE-Länder in Höhe von gut 92 Mrd. DM und Importen in Höhe von 75 Mrd. ergab sich ein Handelsüberschuß im Osthandel zu Gunsten Deutschlands in Höhe von 17 Mrd. DM. Auf die zehn beitragswilligen MOE-Länder entfielen rund 70% an diesem Osthandelsvolumen und konnten ihre Exporte nach Deutschland ebenfalls um rund 25% steigern.

Für die Integration der Volkswirtschaften der zehn beitragswilligen MOE-Länder stellt die Kommission im Rahmen ihres Programms zur technischen Hilfe PHARE rund 45 Mrd. ECU für den Zeitraum 2000-2006 bereit. (Zum Vergleich der Größenordnung, sofern dieser überhaupt möglich ist: Die innerdeutschen Transferzahlungen sind pro Jahr ungefähr doppelt so groß wie die technischen Hilfsleistungen der EU für alle 10 Beitrittskandidaten).

Im Strukturfonds der EU-Kommission standen in den Jahren 1993 – 1999 etwa 200 Mrd. ECU zur Verfügung, dieser Betrag soll in den Jahren 2000-2006 auf etwa 275 Mrd. ECU aufgestockt werden. Davon sollen rund 45 Mrd. ECU für die Beitrittsländer reserviert werden.

Die bisherigen Empfängerländer, vornehmlich die südlichen EU-Staaten - aber auch EU-Gründungsmitglieder wie Deutschland oder Frankreich - sehen hierdurch ihre Besitzstände gefährdet: „Die Verteilungskämpfe innerhalb der EU haben bereits begonnen“.

Für *Václav Lavicka* von der tschechischen Tageszeitung DNES hängt die Beitrittsfähigkeit der Tschechischen Wirtschaft davon ab, wie schnell es ihr gelingt

- eine deutliche Reduzierung des Abstandes beim tschechischen BIP pro Kopf des EU-Durchschnittes zu erreichen. Dieser liege nominell bei rund 20% der EU, auf Grund der Kaufkraftparität bei rund einem Drittel. Im Vergleich zu Deutschland liege das tschechische BIP bei knapp 14%
- eine Annäherung an die aggregierten EU-üblichen Größenordnungen bei der jährlichen Inflationsrate und bei dem Zinsniveau. In der Rückschau meinen manche Beobachter wie kürzlich der Gouverneur der tschechischen Nationalbank *Pavel Kysilka*, daß der vielbewunderte schnelle Aufschwung der tschechischen Wirtschaft in den Jahren 1994-1997 insgesamt ungesund war: „Wir waren im Auto zu schnell unterwegs, das zahlreiche Konstruktionsmängel aufweist“.

Die tschechische Regierung habe Sorge, daß eine Einschränkung beim freien Verkehr von Arbeitskräften die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes hemmen könne. Eine eingeschränkte Mobilität impliziere auch eine Einschränkung bei der Beweglichkeit von Kapital und Dienstleistungen. Herr Lavicka warnte in diesem Zusammenhange vor den Aussagen einer kürzlich in Deutschland und Österreich veröffentlichten Studien, denen zufolge gerade diese Staaten befürchteten, von billigen Arbeitskräften aus dem Osten überschwemmt zu werden. Im Falle der Tschechischen Republik sehe er für diese Sorge keine Berechtigung: „Unser Land verfügt über keine arbeitsmigratorische Tradition. Zudem kommt, daß das Interesse zum ‚Pendeln‘ deutlich nachgelassen habe. Unter Voraussetzung einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung ist von einem baldigen Angleichen der Lohnniveaus mit den benachbarten EU-Staaten zu rechnen.“ Insgesamt ist er der Auffassung, daß die Tschechische Republik auf dem besten Wege sei, die makroökonomischen Voraussetzungen für eine Aufnahme in die EU zu erreichen.

*Dr. Heinrich Machowski* vertrat die Auffassung, daß die EU seit Amsterdam nicht erweiterungsfähig sei. Weder in Amsterdam noch in Luxemburg wurden Entscheidungen getroffen, die die hierfür erforderlichen Voraussetzungen geschaffen hätten. Er warnte davor, alle im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung genannten Zahlen für bare Münze zu nehmen: „Alle Zahlen sind unverbindlich und haben keinen größeren Aussagewert als das heutige Datum“. Die Osterweiterung – dies werde gelegentlich vergessen – sei völlig anders als alle bisherigen Erweiterungsrounden. Dieses Mal gehen es um die Verbindung alter und junger Marktwirtschaften, um die Verbindung von entwickelten und

unterentwickelten Volkswirtschaften. Ein weiterer häufig nicht ernst genug genommener ‚Stolperstein‘ vor der nächsten Erweiterungsrunde sei die Zypernfrage. Er zitierte gewichtige Meinungen wie die des als erweiterungsfreundlichen luxemburgischen Ministerpräsidenten Juncker, der in ganz Westeuropa einen wachsenden Widerstand gegen die Osterweiterung diagnostiziert habe. Die Gewerkschaften wünschten keine EU-Erweiterung vor dem Jahre 2005 – besser noch nicht vor dem Jahre 2010. Die CSU verlange, daß die Freizügigkeit der Arbeitskräfte für die Beitrittskandidaten nicht vor dem Jahre 2015 erlaubt werden dürfe. Der Bundesregierung hielt Machowski Unglaubwürdigkeit vor, mit ihrer Haltung gleichzeitig die Osterweiterung zu unterstützen und die Agrarreformen der Agenda 2000 aber abzulehnen und überdies als Nettozahler von der EU Geld zurückzufordern.“ In dieser Frage lesen wir heute ein Zitat im ‚Tagesspiegel‘ wonach der SPD-Kanzlerkandidat *Gerhard Schröder* den bayerischen Ministerpräsidenten *Edmund Stoiber* (und damit auch die These von Heinrich Machowski) unterstützt: „*Deutschland sei als Partner beliebter, wenn es kalkulierbarer sei und stabiler sei: Das innerdeutsche Chaos wird von den Nachbarn mit großer Sorge gesehen.*“

*Wolfgang Schaaf* verglich die im Grunde nach seiner Auffassung unvergleichbaren Privatisierungskonzepte in Ostdeutschland, Polen und Tschechien. Er hält beide Länder, Polen und Tschechien, reif für die Beitrittsverhandlungen. Für ihn ist allerdings das Jahr 2001 für Illusion, bis 2004 seien wegen des großen Nachholbedarfs weitere erhebliche Anstrengungen nötig:

- in Tschechien auf dem Gebiet des ‚Institution Building‘
- in Polen auf dem Gebiet des weiteren Realisieren der bestehenden Privatisierungspläne und der wichtigen Regionalreform.

Nach Herstellung des Konsenses in beiden Ländern für den EU-Beitritt, gelte es nun den – möglicherweise weitaus schwierigeren – Konsens zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Notwendigkeit hierzu seien in der ‚Agenda 2000‘ nachlesbar.

#### **IV. Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Dieses von dem Oberbürgermeister von Zittau, *Jürgen Kloß*, geleitete Programm-Modul war vielleicht das wirklichnäheste von allen Programmteilen des Symposiums. Es stellte eine Reihe von wenig spektakulären, aber nachvollziehbaren Erfahrungen aus dem täglichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenleben in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen dar.

OB Kloß betonte, daß die Zusammenarbeit auf kommunaler Basis an der EU-Ostgrenze zwar von internationaler Politik beeinflußt werde, sich aber in vielen Punkten von ihr unterscheide.

Kommunalpolitik an der EU-Ostgrenze unterscheide sich völlig von den Städtepartnerschaften zwischen Städten, die hunderte von Kilometern auseinanderliegen.

Die Zusammenarbeit an der Oder-Neiße-Grenze ist auf Grund des erst 50-jährigen Bestehens der Grenze nicht vergleichbar mit der deutsch-techechischen Grenze, die in dieser Form seit 350 Jahren besteht.

Gegenüber Städten in den alten Bundesländern gibt es eine 50-Jährige gemeinsame ‚sozialistische‘ Vergangenheit.

Bei den Problemen der Zusammenarbeit verwies der Oberbürgermeister

- auf die Notwendigkeit des Abbaus von gegenseitigen Vorbehalten der Bevölkerung aller drei Länder,
- Vorurteile nicht durch sprachliche Argumente, sondern durch Tatsachen des Zusammenlebens widerlegen,
- Ansprechen von Problemen, die das gegenseitige Zusammenleben beeinflussen.
- Bei den Ansprechen von bestimmten Lösungen darf nicht immer danach gefragt werden, wem es am meisten nützt. Allerdings darf auch nicht immer nur einer profitieren wollen.

*Helmut Moelle* berichtete von der täglichen Praxis bei der Lösung von Problemen beim grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Deutschland und Polen

*Dr. Reinhard Klein* gab eine Übersicht über die Erfahrungen beim unternehmerischen Engagement der deutschen Wirtschaft im grenznahen Bereich in Polen

## **V. Die gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension**

Hier ging es unter der Gesprächsleitung von *Gabriele Muschter* um die sog. ‚weichen Faktoren‘ der Osterweiterung, nämlich die gesellschaftspolitische und die kulturelle Dimension. Durch die Zusammensetzung des ‚Panels‘ hat der kulturelle Aspekt dieser Frage dominiert, während die gesellschaftspolitischen Fragestellungen eher in dem im folgenden näher zu beleuchtenden Themenkomplex VI „Sensible Themen“ behandelt wurden.

Frau Muschter betonte, daß die menschliche Dimension des europäischen Einigungsprozesses vor allem auch eine kulturelle sei: „Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil des Lebens jedes einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes – sie kann den Fortgang der Annäherung wesentlich beeinflussen und fördern, sie ist also ein wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor, der auch zum Wirtschaftswachstum beiträgt.“ Sie wies darauf hin, daß das vereinte Deutschland im kleinen vergleichbare Probleme habe wie das vereinte Europa im großen – es komme für beide darauf an, eine neue Identität zu entwickeln. Nicht genügend gefragt und diskutiert werde das zentrale Problem der Suche nach einem gemeinsamen europäischen Identitätsempfinden – eher unter den Ost- und Mitteleuropäern oder eher unter den Westeuropäern? Auch hier könne in gewisser Weise Deutschland als Erfahrungsmodell gelten. Sie stellte die Fragen – die Gegenstand einer eigenen Konferenz des ‚Villa Kampffmeyer-Typs‘ sein könnte – „Gibt es ein gemeinsames europäisches Erbe und wie kann man es zur Geltung bringen ohne nationale und regionale Vielfalt zu verdrängen? Wie verhält es sich mit den Sprachen? Sie beklagte in diesem Zusammenhang – anders als Anfang der Neunziger Jahre -die nachlassende Neugierde der Künstler im Westen Europas auf Begegnungen mit ihren Kollegen in Mittel- und Osteuropa.

Die wechselseitige Kenntnis und das wechselseitige Verständnis von Geschichte und Kulturen europäischer Völker ist nach wie vor außerordentlich unbefriedigend. Wichtig sei, Grenzen und Möglichkeiten nicht nur innerhalb von Konferenzen zu benennen, sondern konkrete ost-westeuropäische Projekte zu initiieren.

Für *Dietger Pforte* besteht eines der wesentlichen Probleme in der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn durch das föderative deutsche Kultursystem im Fehlen eines zentralen Ansprechpartners. Im Prozeß des Zusammenwachsens von Europa und nach der Einigung Deutschlands erweist sich das kulturpolitische Instrumentarium Deutschlands als unzulänglich. Den europäischen Verbündeten fehle ein ständiger kompetenter Ansprechpartner in kulturpolitischen und kulturellen Angelegenheiten. Es müsse leichter möglich sein für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern mit ihren östlichen Nachbarn eine gemeinsame regionale Kulturpolitik betreiben so wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Nordrhein-Westfalen mit ihren westlichen Nachbarn.

Unter dieser Voraussetzung würde Deutschland die von ihm gebildete Brücke für die Kulturen Ost- und Westeuropas, Nord- und Südeuropas begehbarer und belastbarer machen können, weil der Bund die gesamtstaatlichen und die europäischen kulturpolitischen Interessen nicht bloß koordinieren, sondern im Konzert mit den europäischen Nachbarn Kulturpolitik gestaltend betreiben könnte.

Auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik sollte das Europa der Regionen endlich die aus der Kleinstaaterei erwachsene Mentalität der gegenseitigen Ab- und Ausgrenzung überwinden.

*Berthold Ettrich* illustrierte anhand zahlreicher Darstellungen am Beispiel der Fürst Pückler'schen Parks seine Überlegungen zur Erhaltung und Zusammenführung eines europäischen Gartenkunstwerkes in einer historisch bestimmten Kulturlandschaft in der Mitte des neuen alten Europas.

## VI. ‚Sensible Themen‘

Wir haben in Teil I der Veranstaltung gelernt, daß ‚alles Politik‘ sei und wir haben in Teil VI der Veranstaltung gelernt, daß alles gleichzeitig auch ‚sensibel‘ sei.

Der Gesprächsleiter *Hanns-D. Jacobsen* führte in die Diskussion mit 7 Thesen ein:

1. Die Dimensionen der Sensibilität beginnen sich erst allmählich zu entfalten
2. Fragen der nationalen Identität in Ost- und Mitteleuropa gewinnen an Bedeutung
3. Die Lastenteilung in NATO und EU ist unklar
4. Die vielfältigen Konsequenzen des Anpassungsschocks sind noch nicht absehbar
5. Die Komplexität des EU-Beitrittsprozesses ist größer als bei bisherigen Erweiterungsrounden
6. Hoffnungen (gottlob – möchte man hinzufügen) überwiegen vor den Ängsten
7. Beide Seiten müssen zu Kompromissen bereit sein.

Frau *Ludmilla Rakusanova* erinnerte daran, daß die Eingliederung Tschechiens in die euroatlantischen Strukturen zwar seit Jahren erklärtes Ziel der tschechischen Außenpolitik sei, daß aber selbst Präsident *Vaclav Havel* und der einstige tschechoslowakische Außenminister *Jiri Dienstbier* nach der Wende einige Zeit brauchten, um zu verinnerlichen, daß die NATO nicht beabsichtige, sich nach dem Zerfall des Warschauer Paktes ebenfalls aufzulösen. Andererseits ging *Jiri Dienstbier* in seinem Buch „Träumen über Europa“ bereits in den Achtziger Jahren von einem blockfreien Kontinent mit einem vereinigten Deutschland aus.

Nährboden fänden die NATO-Zweifler nicht nur in historischen Reminiszenzen (Zeitzeugen des Münchner Abkommens seien noch unter uns), sondern auch in der nach 1989 wieder wachsenden Angst vor dem mächtigen Nachbarn Deutschland.

Das Verhältnis zur Slowakei dürfte auch durch Tschechiens angestrebte Mitgliedschaft in der EU verändert werden. Nach einem tschechischen EU-Beitritt wird die einstige Landesgrenze zwischen Mähren und der Slowakei zur EU-Außengrenze.

Von dem von *Vaclav Klaus* oft zur Schau getragenen ‚Euroskeptizismus‘ fehle derzeit in Prag jede Spur. Man setze sich auch nicht damit auseinander, ob die Gründe dafür vielleicht nicht in einem unausgestandenen Trauma aus dem Zerfall der Tschechoslowakei und der damit verbundenen Angst vor Kompetenzabgabe an Brüssel zu suchen sei.

Für Tschechien sei es wichtig, im Lande eine offene Auseinandersetzung mit historischen Altlasten im Bezug auf die Nachbarvölker zu führen. Geschähe dies nicht, so sei nicht auszuschließen, daß sich die Tschechinnen und Tschechen letztlich (in einem Referendum etwa) selbst die Tür zur EU zuschlagen könnten. Aus dieser Sicht sei es günstig, daß der EU-Beitritt nicht unmittelbar bevorstünde. Noch sei die EU- und NATO-Problematik zur innenpolitischen Frage geworden. Das wirklich Ausmaß der Beitrittsunterstützung würde sich wohl dann erst zeigen.

*Rolf Seutemann* hat in 12 thesenartigen Aussagen zur Osterweiterung der EU seine Überlegungen aus der Sicht des deutschen Arbeitsmarktes insbesondere vom Standort Berlin-Brandenburg dargestellt:

1. Angespante Arbeitsmarktsituation insbesondere in den neuen Bundesländern
2. EU-Osterweiterung verstärkt Kohäsionslücke
3. Weitere wirtschaftliche Integration wird Arbeitslosigkeit in den MOE-Staaten zunächst erhöhen
4. Innergemeinschaftliche Arbeitskräftewanderung ist gering
5. Besonders sensible Bereiche: Bauwirtschaft und Agrarsektor
6. Neuer und erheblicher Wanderungsdruck für die EU-Staaten von Seiten der MOE-Länder

7. Rücknahme der Werkvertragsbeschäftigung
8. Beschränkung der Saisonbeschäftigung
9. Geringe Grenzgängerbeschäftigung
10. Mobilität und Freizügigkeit: Weniger als 2% der EU-Bürger leben derzeit in einem anderen Mitgliedsland
11. Schrittweise Einführung der Freizügigkeit, um Überforderung der Arbeitsmärkte zu vermeiden
12. Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit

In einem Ausblick über die zu erwartende Entwicklung zeigte *Rolf Seutemann* auf, daß die demographische Entwicklung Deutschlands in jedem Falle längerfristig eine Zuwanderung notwendig mache, da die Alterspyramide sich tendenziell umkehre. So bedürfe es bis etwa 2010 einer Nettozuwanderung von jährlich ca. 200.000 Personen, um das Potential ungefähr auf dem heutigen Stand zu halten. Gleichwohl dürfe das Zuwanderungspotential diese Größenordnung bei weitem übersteigen. Zudem sei die qualifikatorische Komponente zu berücksichtigen. Der Lohndruck auf Einfachqualifikationen würde enorm zunehmen. Mit Auswirkungen auf die inländischen Arbeits-, Tarif- und Sozialbedingungen müsse gerechnet werden. Hier gälte es, durch schrittweise Liberalisierung der Freizügigkeit Überforderungen ansässiger Arbeitskräfte zu vermeiden.

*Wolf Burghard Wenkel* gab vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau in Berlin und Brandenburg eine Reihe von illustrativen Beispielen aus seiner Branche über die unmittelbare Auswirkung der Mobilität von Arbeitskräften aus Niedriglohnländern der EU (Portugal, Spanien, Griechenland aber auch aus Großbritannien) sowie in wachsendem Maße aus den Nachbarländern im Osten Deutschlands.

## **VII. Die ‚Agenda 2000‘**

*Eckhart D. Stratenschulte* stellt als Gesprächsleiter 8 einleitende Thesen vor:

1. Die Zeit der wohlfeilen Gemeinplätze ist vorbei. Nicht nur die Kandidatenländer – auch die E-15 Länder stehen unter starkem Veränderungsdruck
2. Die Erweiterung der Union schafft diesen Druck nicht, aber sie verstärkt ihn
3. Die Agenda 2000 ist der perspektivistische Versuch, die vor uns liegenden Probleme anzupacken und zu lösen
4. Die Konzentration der Strukturfonds-Mittel auf die wirklich bedürftigen Regionen in der EU ist richtig und Sinnvoll, auch wenn dies in einigen Ländern (und beispielsweise auch in Berlin) zu schmerzhaften Einschnitten führt
5. Die Agrarwirtschaft der EU ist ein klassischer Fall von Planwirtschaft und funktioniert auch so
6. Mit der Aussage, das bisherige Finanzierungssystem habe sich bewährt und solle bis 2006 nicht geändert werden, wird die Europäische Kommission nicht weit kommen
7. Eines der zentralen Probleme werden die institutionellen Reformen sein
8. Insgesamt ist die Angda 2000 ein wesentlicher Schritt vorwärts

*Bernd Kunzmann* sieht in der Agenda 2000 mehr als nur einen Anstoß für politische Diskussionen. Die Agenda 2000 sei ein Strategiepapier, das einen gangbaren Weg aufzeigt.

Er gibt einen Überblick über die Dimensionen der Finanzierung und der Finanzierbarkeit der EU-Osterweiterung aus Sicht des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

Für *Pavel Cernoch* ist die Stellungnahme der Kommission zu den Beitrittsanträgen der Länder Mittel- und Osteuropas (‚Avis‘) eines der wichtigsten analytischen Dokumente, welches nach dem Fall des ‚Eisernen Vorhanges‘ veröffentlicht wurde. Zur zentralen Frage, beinahe einer ‚Zauberformel‘ gleich, ist der Ausdruck ‚*acquis communitaire*‘ geworden, d.h. das Paket der europäischen Rechtsnormen, welcher jeder neue Mitgliedsstaat übernehmen muß. Die Agenda 2000 spielt überdies eine ganz



wichtige Rolle für die Erklärung eines komplizierten Prozesses für alle die, die nicht zu den wenigen Experten der Materie gehören.

*Orlof Zimmermann* führt in die Diskussion um die Agenda 2000 die globale Dimension ein, innerhalb deren sich die Osterweiterung der EU abspielt.

## VIII. Zusammenfassung

Was sind die – sehr persönlichen – Eindrücke aus dieser ‚Tour de Force‘ von rund 22 Stunden in 9 gemeinsamen Sitzungsrunden und von vielen Einzelgesprächen? Einige prägende Zitate aus den einzelnen Programmteilen sollen stellvertretend für viele Anregungen eine Art von Zusammenfassung vermitteln:

### 1. *Die politische Dimension:*

- ‚Alles ist Politik‘ - ‚Alles ist sensibel‘
- ‚Der Konsens von Regierenden und Regierten darf durch die Osterweiterung von NATO und EU in den beteiligten Ländern – in West wie in Ost – nicht infragegestellt werden.
- Die für die politische Führung der Länder verantwortlichen Regierungen haben die Pflicht, ‚die Dinge beim Namen zu nennen‘.

•

### 2. *Die sicherheitspolitische Dimension:*

Die NATO-Osterweiterung durch die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in das Bündnis wird von den Regierungen wie von der Bevölkerung durch einen hergestellten Grundkonsens voll mitgetragen. Die Sensitivität Rußlands in dieser Frage – aber auch die Sensitivität der anderen MOE-Länder sowie der Ukraine -, die nicht auf der ‚Short list‘ für weitere NATO-Aufnahmen stehen, sind sehr ernst zu nehmen.

### 3. *Die wirtschaftliche Dimension*

- Die Nachbarländer Deutschlands im Osten dürfen nicht nur ‚Boom-Märkte‘ für den Westen sein, die für Verluste im Asiengeschäft kompensieren.
- Das Handelsdefizit von Polen und Tschechien – wie im West-Ost-Warenverkehr insgesamt – hat gefährliche Ausmaße angenommen. Das ‚Handelsdefizit‘ zwischen Ost- und Westdeutschland – wenn man dies im Binnenhandel überhaupt so bezeichnen könnte - ist ein gefährliches Menetekel für eine unausgewogene Entwicklung.
- Die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Polen und Tschechien und der anderen Beitrittskandidaten muß im Interesse von beiderseitigen dauerhaften Wirtschaftsbeziehungen höchste Priorität haben.
- Die ‚Agenda 2000‘ hat dieser Thematik insbesondere in den Kapiteln ‚Innovationsfähigkeit durch verstärkte Forschung und technologische Entwicklung‘ und ‚kleine und mittlere Unternehmen‘ besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
- Im EU-Aufnahmeprozess muß darauf geachtet werden, daß die EU eine ‚Differenzierung ohne Diskriminierung‘ vornimmt und ein ‚Ablehnungsschock‘ vermieden wird, der sich mittelfristig nur negativ auf den Transformationsprozess, die Wirtschaftsentwicklung und nicht zuletzt auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den betreffenden Ländern auswirken müßte.

### 4. Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Es hat sich gezeigt, daß die Behandlung dieses Themenkreises sozusagen im Mikrokosmos des täglichen Miteinanderlebens in den Grenzregionen, das vorwegnimmt, was im Großen in der Konferenzthematik um die EU-Osterweiterung diskutiert wurde:

- Vgorurteile nicht durch sprachliche Argumente, sondern durch Tatsachen des Zusammenlebens widerlegen
- Ansprechen von Problemen, die das gegenseitige Zusammenleben beeinflussen
- Bei dem Ansprechen bestimmter Lösungen, darf nicht immer danach gefragt werden, wem es am meisten nutzt – allerdings darf auch nicht immer nur einer profitieren wollen...

## 5. Gesellschaftspolitische und kulturelle Dimension

Mit Sorge erfüllen folgende Aussagen:

- Die Neugier auf den Nachbarn läßt nach
- gegen Null tendierendes Interesse besonders von westlicher Seite
- alte Klischees, alte Denkmuster aus dem Kalten Krieg haben viele Verwundungen verursacht und vor allem bei der älteren Generation tiefe Wurzeln geschlagen

Fazit: Neugier muß wieder geweckt werden. Die Probleme müssen entschärft werden. Den Einfluß auf die Emotionen reduzieren

## VI *Sensible Themen*

- Alles ist Politik (siehe Kapitel I) – aber alles ist auch sensibel
- Viele Gefahren sind zu bannen, wenn wir sie benennen

## 6. *Agenda 2000*

- Für die einen Instrument eines westeuropäischen Imperialismus, mit dem die EU-Kommission die MOE-Ländern ‚Gängel‘ will
- Für die anderen stellt die Agenda 2000 einen großen Fortschritt dar als Dokument, das Fahrplan und die Bedingungen zur Erreichung des Zieles der EU-Osterweiterung transparent macht
- Der Wiedervereinigung Deutschlands hatte 1990 lag kein ähnlich ökonomischer ‚Master Plan‘ vor und es ist seitdem auch kein ähnliches Instrument entwickelt werden wie die Agenda 2000
- Auf was es ankommt, ist nicht nur in den beitragswilligen Ländern, sondern auch innerhalb der E-15 der Agenda 2000, deren Diskussion sich fast ausschließlich an den Medien auf den Agrarsektor beschränkt, einen größeren Bekanntheitsgrad zu vermitteln
- Dies Symposium hatte u.a. das Ziel, einen Beitrag zur notwendigen größeren Transparenz zu leisten

## 8. *Ausblick*

Dr. Christoph v. Marschall:

- Die Osterweiterung der EU wird kein einfacher Spaziergang werden
- Es kommt entscheidend auf die Haltung an, mit der wir mit diesen Dingen umgehen
- Wir brauchen Visionen
- Aus der Herausforderung muß sich eine politische Dynamik ableiten, das Begonnene schneller, nicht langsamer zu tun

Botschafter Frantisek Cerny:

- Die Tschechische Republik braucht Visionen. Was wird in 10 Jahren sein? Der Hinweis auf die baldige Vollmitgliedschaft und auf die damit verbundene psychologisch wichtige ‚Rückkehr nach Europa‘ ist alleine kein Konzept
- Sorge, daß ein kleines Volk wie Tschechien mit seinen 10 Mio. Einwohnern sich ‚als kleiner Punkt‘ in der großen EU verlieren wird
- Sorge, daß das Schaffen der europäischen Einheit zu sehr in den Händen von Fachbeamten liegt und daß die Bevölkerung sich die EU nicht wirklich vorstellen kann
- ‚Europa des ‚*acquis communautaire*‘ von 80.000 Seiten“
- Fehlen einer begeisternden ‚Aufbruchstimmung‘

Prof. Dr. Jerzy Holzer

- Es gibt in Polen sehr unterschiedliche Erwartungen, Hoffnungen und Ängste, welche mit der NATO- und EU-Osterweiterung in einem Zusammenhang stehen. Viele dieser Emotionen sind in unterschiedlicher Intensität auch in anderen post-kommunistischen Ländern anzutreffen, die zur ersten Runde der NATO- und EU-Osterweiterung gehören. Ein kleinerer Teil ist spezifisch für Polen
- Man erwartet einerseits eine Sicherung des Friedens durch die NATO, aber andererseits auch eine Erhaltung der vollen Unabhängigkeit des Landes (bei einem großen Teil der Bevölkerung) oder eine gleichberechtigte Position im integrierten Europa (bei einem bedeutenden Teil der Politiker und der intellektuellen Eliten)